

Verehrte Gäste,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates

sehr geehrter Herr Bürgermeister und

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung

Vorab ein Erläuterung zum Sprachgebrauch in meiner HH-Rede:

Um nicht ständig den Doppelbegriff Moerserinnen und Moerser, Bürgerinnen und Bürger verwenden zu müssen, habe ich mich zur ausschließlichen Anwendung der weiblichen Form entschieden, so wie es die Verwaltungsvorgaben zur Gemeindeordnung ermöglichen und wie es der Besetzung der Fraktion OLiLi/DIE LINKE. entspricht.

Die erste LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Moers soll heute über den 5. Haushalt mitentscheiden.

Angesichts der Wirtschafts- und Bankenkrise haben alle finanziellen Entscheidungen im öffentlichen Bereich die volle Aufmerksamkeit der Menschen. So werden auch die Moerserinnen die gestrigen Beratungen und die heutigen HH-Reden noch interessierter zur Kenntnis nehmen.

Die Stadt Moers hat mit SWAP-Geschäften 404000 € Verlust gemacht. Im Dezember habe sich – so der Kämmerer – „der Markt total gedreht“, die Verluste sollen jetzt ausgeglichen sein.

Die Stadt Moers tätigt SWAP-Geschäfte im Nominalwert von 70 Mio. Euro. Die Ankündigung, diese ganz oder teilweise im April aufzulösen und zu verkaufen, beruhigt. Gut, wenn sie weg sind.

In Zukunft dürfen „Zinstauschgeschäfte“ und ähnliche Spekulationen mit öffentlichen Geldern oder Krediten nicht mehr getätigt werden.

Zinsswaps zu benutzen, um sich gegen Zinsänderungen abzusichern oder mit diesen zu spekulieren, ist hoch risikobehaftet. Die Fraktion OLiLi/DIE LINKE. bewertet das Ergebnis daraus nur mit den Worten: Es ist ja noch mal gut gegangen! Sichere Finanzpolitik sieht anders aus.

Und nun wird als Folge der durch unverantwortliches Zocken entstandenen Finanzkrise der „Jackpot“ verteilt. Bundespolitiker haben ihre Spendierhosen an. Bei aller Euphorie über die Möglichkeit, für Investitionen in Moers 10 Mio. Euro zusätzlich zu erhalten: 12.5 %

Eigenanteil muß die Stadt aufbringen, und der muß auch zurückgezahlt werden. Die Vorschlagsliste der Verwaltung erwartet die Fraktion OLiLi/DIE LINKE. mit Spannung. Wir schlagen vor, eine sofortige Umfrage im Internet durchzuführen. Dort könnten die Moerserinnen ihre Prioritäten deutlich machen. Diese sollen sich ja des Öfteren von den durch die Mehrheit dieses Rates „gefühlten“ Prioritäten unterscheiden.

Der warme Geldsegen aus Berlin darf nicht darüber hinwegtäuschen: Er löst die chronische Unterfinanzierung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben in keiner Weise. Hier muß endlich gelten: Wer die Musik bestellt, der muß sie auch bezahlen!

Der vorliegende Haushaltsentwurf beinhaltet das Hauptprojekt, den Neubau des Rathauses und des Kultur- und Bildungszentrums, nicht.

Ab sofort muß ich aufpassen: Eine nichtöffentliche Aussage und der Bürgermeister hat das weitere „Loch“ schon gefunden.

Durch die Entscheidung für ein PPP-Projekt haben Rat und Verwaltung fast alle Mitwirkungsmöglichkeiten in finanzieller und planerischer Hinsicht aus der Hand gegeben. Die im Vergabeverfahren festgezurrten Vorgaben können nur unwesentlich verändert werden. Größere Eingriffe führen zu Schadensersatzforderungen der unterlegenen Bieter.

Und da kommen wir zum wahren Skandal: Ein Projekt, das die Moerserinnen mit, man munkelt mittlerweile 150 Mio. Euro, finanziell belastet, wird nichtöffentlich abgehandelt. Wir sind hier nach wie vor für eine demokratische Beteiligung aller Moerserinnen, obwohl auch wir, Herr Laakmann, für fünf Jahre gewählt wurden

Das Einzelheiten aus den Angeboten, Preise und bis zu einem gewissen Zeitpunkt Namen, nicht öffentlich gemacht werden dürfen, ist selbstverständlich. Aber die Aussagen des Gestaltungsbeirates hinsichtlich der architektonischen-, gestalterischen- und Nutzungsqualität muß man öffentlich diskutieren dürfen! Für wen soll denn dieses Rathaus gebaut werden? Ausschließlich für Verwaltung und Politik? Und die Moerserinnen bleiben außen vor und dürfen die Zeche zahlen?

Auch die Fraktion OLiLi/DIE LINKE. will dass die Mitarbeiter der Moerser Verwaltung bessere Arbeitsplätze erhalten, wo es nicht mehr in die Fenster rein regnet und wo Sanitäreanlagen auch als solche bezeichnet

werden können. Das gerade wir barrierefreie Verwaltungsgebäude wollen, ist sowieso klar. Aber uns jetzt als die Verhinderer hinzustellen, ist infam. Wir sind nachweislich nicht für den maroden Zustand der Gebäude verantwortlich; das haben andere hier im Saal zu vertreten, die sie jahrelang haben verkommen lassen. Nach den Verwaltungsvorlagen können die Gebäude sehr wohl saniert werden – klappt ja beim alten Rathaus auch. Die Bewirtschaftung bliebe in städtischer Hand; Gewinne müssen nicht durch Einsparen bei Reinigungsintervallen und auf dem Rücken der Arbeitnehmer erzielt werden. Und der Hausmeister darf auch so heißen und wird nicht in Facility Manager umgetauft.

Und nun fallen durch ein Loch ein paar unschöne nichtöffentliche Fakten in die Zeitung. Die Verfahrensbefürworter dementieren sie, ohne jeden Nachweis der Wahrheit ihrer Angaben zu erbringen. Will man das widerlegen, ist man aber noch nichtöffentlicher: Maulkorb verpasst, Maulkorb sitzt. Herr Reimann teilt der Presse mit: Es stimmt nicht, dass keiner von diesen Vorschlägen begeistert ist; er sagt aber mit keinem Wort, wer davon begeistert ist. Obwohl er an der Sitzung, wo die beiden Bieter ihre Projekte vorstellten, nicht teilgenommen hat, stellt er alle Vorwürfe als Lügen hin. Die anwesenden SPDler reden nur phantasievoll von „Helligkeit und Sicherheit“ und „vollkommen neuen Möglichkeiten der Kooperation und Entwicklung“. Wer in dieser „Lügengeschichte“ am Ende die kurzen Beine hat, werden wir ja sehen.

Angaben zu den Ausstiegskosten werden verweigert, die Tatsache, dass man durch die Zustimmung zum Bürgerbegehren fast zum Nulltarif aus der Klemme käme, wird seitens Verwaltung und SPD/FDP ignoriert.

Ich habe letzte Woche die ausdrückliche Genehmigung erhalten, die Aussage des Bürgermeisters: Die Verwaltung hat zu keiner Zeit vom Gericht gesetzte Fristen verstreichen lassen! zitieren zu dürfen. Gut, dasselbe hat Herr Reimann sinngemäß schon vor vier Wochen versichert, obwohl er der Verwaltung gar nicht angehört.

Expressis verbis stimmen beide Aussagen! Aber der Bürgermeister hat dem Gericht im September mitgeteilt: Eine Stellungnahme erfolgt nach der angekündigten Klagebegründung! Obwohl die Klage bereits im Oktober begründet wurde, liegt bis heute keine inhaltliche Antwort der Verwaltung vor. Sie wurde aber immerhin noch für diesen Monat avisiert.

Fast fünf Monate liegen zwischen der vollmundigen des Bürgermeisters auf Stellungnahme und der Versicherung, das Verfahren würde nicht verschleppt. Wenn das keine absichtliche Verschleppung ist, was dann?

Das grüne Licht in der Ampel scheint in diesem Fall ja ausgefallen zu sein. Vermutlich ist es nur der Anfrage der Grünen zu verdanken, dass die Verwaltung jetzt auf die Klagebegründung antworten will.

Es scheint nicht so einfach zu sein, die Fakten und Zahlen für die Ablehnung des Bürgerbegehrens zu liefern, und sollte der Wahltermin auf September verlegt werden, stehen uns noch einige Eiertänze ins Haus.

Und wem ist damit gedient? Schaffen Verwaltung und Politik Fakten, wie zum Beispiel die Vergabe, werden die Kläger einen Eilantrag stellen. Dann droht totaler Stillstand bei hohen Kosten. Wer will das?

Die Fraktion OLiLi/DIE LINKE. auf jeden Fall nicht. Deshalb fordere ich Sie, Herr Bürgermeister auf, sorgen Sie zügig dafür, dass das Klageverfahren beendet werden kann. Das sind Sie allen Moerserinnen schuldig.

Inakzeptabel bleibt auch die Art und Weise, wie die Mehrheit dieses Rates den Haushalt von „Überflüssigem“ befreit.

Durch die komplette Verlagerung des Sportstätten – und Bäderkonzeptes auf die AÖR stehen die zur Sanierung der tlw. maroden Anlagen notwendigen Mittel nicht im Haushalt. Nicht als Ausgabe - aber leider fehlt auch die bisherige Einnahme dazu – nämlich der Gewinnanteil von Enni, der jährlich in Millionenhöhe dem städtischen Haushalt zugeflossen ist. Nun könnte man sagen egal – Einnahmeausfall und Ausgabennotwendigkeit decken sich. Rechnerisch vielleicht. Wie auch auf anderen Gebieten entziehen Sie den gesamten Bereich der öffentlichen Kontrolle und der Einsichts- und Mitwirkungsmöglichkeit der Moerserinnen.

Was letztendlich vom großen Bäderkonzept übrigbleibt, ist nicht abzusehen. Die „Übergangslösung Traglufthalle“ wird sicher über vier Jahre hinausgehen.

Immerhin darf die Moerser Bevölkerung in den ersten zwei Jahren nach der Errichtung des neuen Hallenbades in Rheinkamp dort schwimmen. Danach sitzt sie dann wortwörtlich „auf dem Trockenen“. Bleibt zu hoffen, das wenigstens die Badeteiche noch eine Chance erhalten-

und wenn nicht, bleiben den Rheinkampfern Regenspaziergänge auf dem „Barfußpfad“. Der kommt sicher, schließlich gab es dafür schon Fördergelder in Höhe von 340 000 Euro.

Im Sportstätten- und Bäderbereich wurde -bis auf einzelne Projekte- jahrelang nicht saniert oder renoviert. Für die Sporthalle an der Bismarckstraße, die Eishalle, die Tennishalle versickern jetzt Millionen Euro an Haushaltsgeldern im Sportbereich.

Und die Beschlussfassung erfolgt wie gehabt: Hinter verschlossenen Türen im Verwaltungsrat der AÖR. Den Bürgerinnen wird dann ein aufbereitetes und von einigen gewünschtes Ergebnis vorgelegt – Werdegang und Fehler dürfen wie beim Rathausprojekt nicht öffentlich gemacht werden.

Gut, dass der teure Sportentwicklungsplan, der sich auf umfassende Befragungen der Moerser Bürger stützt, zu einem so kostengünstigen Ergebnis kommt: Der Lieblingssport der Bevölkerung ist Rad fahren, wandern und walken, und das sollte selbst in Moers auch in Zukunft noch möglich sein.

Für die Fraktion OLiLi/DIE LINKE. ist der vorliegende Haushaltsentwurf sozial unausgewogen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten ist kein Geld für ein Sozialticket da; klar, die haben vermutlich nicht so hohe Beraterkosten. Die ärmsten Moerserinnen können bei Wind und Wetter mit dem Fahrrad fahren, aber die Ratsmehrheit beteiligt sich ohne Not an Fehlabbrechnungen von Organisationen und spendiert dafür mal eben so 50000 Euro. Name und Anlass zu nennen verbietet mal wieder die Nichtöffentlichkeit. Wieso eigentlich? Die Fördergelder für dieses Projekt stammen doch auch aus öffentlichen Mitteln.

„Kunst im Tunnel“ ist uns viel Geld wert. Auch wir sehen, dass das städtische Bild dringend einer Veränderung bedarf, haben aber andere Wertigkeiten. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen, die finanzielle Hilfe benötigen, vor der dekorativen Umgestaltung einer unansehnlichen Unterführung.

Die Ausgaben für das „Lieblingskind“ Kultur steigen kontinuierlich. Hier wird nicht gekleckert, hier wird geklotzt. 6,5 Mio. Euro Zuschuss für den

Kulturbetrieb stehen 5,5 Mio. Euro für freiwillige soziale Leistungen gegenüber. Pro Kopf zahlt jeder Moerser Bürger rund 60 Euro „Kulturgeld“ pro Jahr. Trotz MoersPass - Ermäßigung liegt die Auslastung des Schloss-theaters nur bei 60%. Es wird meistens lieber vor halb leeren Rängen gespielt, anstatt die Theatertore mittels Kulturpass für Hartz 4 Bürger zu öffnen.

Der Um- und Anbau des Schlosses hat sich inzwischen zu einem Fass ohne Boden entwickelt. Durch Planungsfehler – wie so oft in Moers - notwendig gewordene Brandschutzmaßnahmen treiben die Kosten ebenso in die Höhe, wie immer wieder nachgekehrte Sonderwünsche, etwa die nun vorgesehene Verlegung des Theatereinganges.

Ist für das Moerser Schloss scheinbar keine Ausgabe zu hoch, wird bei der Sanierung des Martinstiftes getrickst.

Barrierefreiheit steht zwar groß auf den Fahnen der Kooperationsfraktionen, aber mit der Umsetzung tut man sich schwer. Nun reicht es also, dass nur die unteren, öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten des Martinstifts barrierefrei umgebaut werden.

Mobilitätseingeschränkte Musikpädagogen, die auch die oberen Räumlichkeiten nützen müssten, gibt es demnach nicht.

Zum Thema Planungskonzept Neuer Wall/Königlicher Hof und zu den Moers Arkaden könnte man eigens eine Pleiten, Pech und Pannen Show aufführen. Beide Themen bleiben uns noch lange erhalten. Auch hier wird der Unmut der Moerserinnen erlebbar sein.

Zusammenfassend: In Moers wird keine Politik für die Moerserinnen gemacht und vor allem, Entscheidungen werden an ihnen vorbei getroffen.

Das drückt sich auch im Haushaltsentwurf für dieses Jahr aus.

Deshalb lehnt die Fraktion OLiLi/DIE LINKE. den Haushalt 2009 in seiner Gesamtheit ab.

Gabriele Kaenders

Brigitte Hübel